
TTIP und CETA

Aktuelle Infos (Stand: 02. September 2015)

DAS WICHTIGSTE

Es ist möglich, CETA und TTIP zu stoppen. Wir können unser politisches Ziel erreichen. Der Widerstand wird breiter. Je mehr die Leute informiert sind, umso stärker lehnen sie die Abkommen ab. TTIP und CETA gehören zu den stärksten Mobilisierungsthemen der vergangenen Jahre. Die Befürworter haben keine schlagkräftigen Argumente. Sie sind eindeutig in der Defensive. Wichtiger Termin: **Großdemonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin. Aufruf durch ein sehr breites Bündnis inklusive sämtlicher DGB-Gewerkschaften.**

Links

<http://ttip-demo.de/>

<https://ttip-sonderzug.de/>

www.ttip-unfairhandelbar.de

www.stop-ttip.org

www.facebook.com/eci.ttip

www.linksfraktion.de/ttip-stoppen

www.die-linke.de/politik/aktionen/ttip-stoppen/



Aktuelle Forderungen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Keine Paralleljustiz für internationale Konzerne durch Freihandelsabkommen (Antrag vom 09.06.2015, Drucksache 18/5094)

- Kein Freihandels- und Investitionsabkommen, das Klageprivilegien für Unternehmen und Investoren enthält
- Das CETA-Abkommen mit Kanada als unannehmbar zurückzuweisen
- Stopp der TTIP-Verhandlungen mit den USA

Aktuelle Broschüre im handlichen Kleinformat

TTIP stoppen! Geheimes Handelsabkommen bedroht unsere Demokratie. Stand: Mai 2015

Download: <http://linksfraktion.de/ttip-stoppen/>

Aktuelle Meldungen

Gabriel-Ministerium bestätigt: CETA und TTIP = Anschlag auf Demokratie

Der kurz vor der Unterzeichnung stehende CETA-Vertragstext sieht vor, dass in einem Expertengremium, dem sogenannten „CETA Joint Committee“, völkerrechtlich bindende Beschlüsse eigenständig getroffen werden können – ohne dass das Europäische Parlament oder die nationalen Parlamente darüber mitentscheiden dürfen. Das hat das Bundeswirtschaftsministerium in einem Schreiben an foodwatch vom 25. August 2015 bestätigt. Das Ministerium von Sigmar Gabriel erklärte: „Die allgemeine Verfahrensvorschrift in Art. 30 Art. X.03 (S. 449 des CETA-Entwurfs) sieht vor, dass das CETA Joint Committee in den im Vertrag genannten Fällen Entscheidungen treffen kann.“ Quelle:

<http://www.foodwatch.org/de/informieren/freihandelsabkommen/aktuelle-nachrichten/ceta-parlamentarier-bleiben-aussen-vor/>

Mittelständler gegen TTIP und CETA Infos unter: www.kmu-gegen-ttip.de

EU-Normeninstitute CEN und CENELEC warnen vor TTIP. Die Anerkennung von US-Standards werde das System einheitlicher EU-Standards destabilisieren und US-Firmen in Europa begünstigen.

http://www.cencenelec.eu/news/policy_opinions/PolicyOpinions/TTIP__std_mutual_recognition.pdf

Gabriels Verachtung des Anti-TTIP-Protests

Anfang 2015 sagte Wirtschaftsminister Gabriel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos:

Es ist eine schwierige Debatte in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, wie Frankreich und Österreich. Aber vielleicht ist es in Deutschland besonders schwer, weil wir reich und hysterisch sind und diese Kombination macht es besonders schwierig. Aber bitte bringen Sie das nicht in den Zeitungen, wir sind doch hier unter Freunden, da kann man doch sehr offen reden!

1. Verhandlungen

TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership (EU – USA)

Verhandlungen laufen schleppend. Abschluss frühestens 2016, vielleicht erst 2017. Am 24. Juli 2015 nannte die EU-Kommission (KOM) im Handelspolitischen Ausschuss in Brüssel „das Ziel - in Übereinstimmung mit der jüngsten G-7-Erklärung - Einvernehmen über die Grundzüge des Abkommens bis zum Jahresende zu erzielen. Dies beinhaltet aus EU-Sicht die Erarbeitung von konsolidierten Verhandlungstexten und einen Austausch von Marktzugangsangeboten für alle Verhandlungsbereiche bis Ende 2015.“

Auf derselben Sitzung erklärte die KOM den Verhandlungsstand. Wesentliche Themen der jüngsten Verhandlungsrunde vom 13.-17.07.2015 waren die Bereiche Dienstleistungen, regulatorische Kooperation und (Handels-)Regeln. Nicht diskutiert wurden die Bereiche Zölle bzw. Öffentliche Aufträge. Hier seien Gespräche auf Ebene der Chefverhandler "und höher" geplant, in denen die "Parameter" für diese Kapitel entwickelt werden sollen. Im Dienstleistungsbereich hätten beide Seiten überarbeitete Marktzugangsangebote ausgetauscht. EU-KOM ließ erkennen, dass das US-Angebot keine wesentlichen Verbesserungen enthalte, auf Nachfrage von DEU auch nicht mit Blick auf den Marktzugang auf der Ebene

der US-Bundesstaaten. Die US-Seite verfolge die Politik, ihr "bestes Angebot" gleich am Anfang der Verhandlungen vorzulegen und weitere Zugeständnisse allenfalls im politischen "end game" der Verhandlungen zu machen. Insbesondere in den Bereichen maritime Dienstleistungen, Luftverkehr und Mobilität agierten die USA weiterhin defensiv, während sie für den Bereich der gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen eine gewisse Offenheit signalisiert hätten.

Zu Investor-Staat-Schiedsgerichten (ISDS) äußerte sich das Bundeswirtschaftsministerium am 12. Mai 2015: „Die Verhandlungen über Investitionsschutz und ISDS im Rahmen von TTIP sind bis zur Festlegung einer EU-Position ausgesetzt. Die EU-Kommission hat den EU-Mitgliedstaaten am 4. Mai ein Konzeptpapier zu Investitionsschutz und ISDS im Rahmen von TTIP vorgelegt. ... Das Papier enthält keine konkreten Textvorschläge zur Ausgestaltung von Investitionsschutz-Bestimmungen, sondern abstrakte Ansätze.“

Das angekündigte Konzeptpapier der KOM wird vermutlich noch im September 2015 vorliegen.

Der Zugang von EU-Regierungen und Parlamentariern zu US-Dokumenten und zu konsolidierten Texten ist immer noch nicht abschließend geklärt. In den Handelspolitischen Ausschüssen in Brüssel klagen die Mitgliedsstaaten ständig über die mangelnde Transparenz.

CETA – Comprehensive Economic and Trade Agreement (EU – Kanada)

Verhandlungen im August 2014 abgeschlossen. Verhandlungsergebnis umfasst 1.634 Seiten. Eingehend auf breite Kritik an der Intransparenz der Verhandlungen hat die Europäische Kommission (KOM) den CETA-Text am 26. September 2014 veröffentlicht. Aktuell ist CETA in der Phase des sogenannten „legal scrubbing“ = Überprüfung der Rechtsförmlichkeit, die laut KOM im September 2015 abgeschlossen sein könnte. Danach mehrmonatige Übersetzung und abschließende Klärung, ob CETA ein gemischtes Abkommen ist.

Anschließend Beschlüsse in den europäischen Gremien, in Ecofin, EP und Europäischem Rat. Eventuell Ratsbeschluss mit qualifizierter Mehrheit über die vorläufige Anwendung jener CETA-Teile, die eindeutig in die alleinige Kompetenz der KOM fallen (Handelsfragen im engeren Sinne). Anschließend (wenn, wie zu erwarten, CETA als gemischtes Abkommen gilt) Ratifizierung in den Mitgliedsstaaten.

Zustimmung in ALLEN Mitgliedsstaaten notwendig. Das heißt: Einzelne EU-Staaten haben quasi Veto-Recht. Politisch rücken dann in die Vordergrund: Belgien (alle Regionalparlamente müssen zustimmen), Österreich, Frankreich, Niederlande, Griechenland und Deutschland. In Deutschland wichtig ist die Haltung der Grünen. Im Bundesrat müssten (aktueller Stand) die Landesregierungen in Ba-Wü und in Hessen zustimmen, damit es für CETA eine Mehrheit geben kann.

2. Protest gegen TTIP + CETA

Protest nach wie vor stark und eher noch weiter zunehmend Wirkung deutlich abzulesen an den hektischen Bemühungen der KOM und von Gabriel.

Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin

Selbstorganisierte Europäische Bürger-Initiative (sEBI) EBI von mehr als 500 Organisationen aus allen EU-Ländern unterstützt. Bis Ende August 2015 mehr als 2,5 Millionen Unterschriften gesammelt. Ende der zwölfmonatigen Unterschriftensammlung am 06. Oktober. Zum Abschluss große symbolische Aktion in Brüssel.

Links wirkt: Sozial. Gerecht. Friedlich.

Begleitet von dezentralen Aktivitäten. sEBI fordert, dass die gesammelten Unterschriften anerkannt werden und dass eine EP-Anhörung stattfindet.

SPD Basis sehr TTIP-skeptisch. Rund 70 Prozent der SPD-Mitglieder lehnen TTIP ab. Formelle Abstimmung über TTIP / CETA womöglich während des Parteitages im Dezember.

Union. CSU-Basis auch TTIP-kritisch. Ländliche Bürgermeister ablehnend bei Dienstleistungen und ISDS.

Gewerkschaften gegen TTIP und CETA Alle DGB-Gewerkschaften rufen auf zur Groß-Demo am 10. Oktober. Bei ver.di ist die Stimmung der Basis sehr kritisch und ablehnend. Gewerkschaftskongress im September hat Dutzende Anträge zu TTIP, die in die Richtung „TTIP stoppen“ gehen.

Kommunen gegen TTIP Läuft sehr gut. Über 250 Kommunen haben Resolutionen gegen TTIP+CETA verfasst.

3. ISDS-Reformvorschläge sind völlig unzureichend

Die EU-Kommission hat die massive Kritik an Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) zur Kenntnis genommen und am 4. Mai 2015 unter dem Titel „Investment in TTIP and beyond – the path for reform“ ihre Reformvorschläge veröffentlicht. Die Kommission will ausdrücklich **nicht** die Investitionskapitel und die ISDS-Bestimmungen in den beiden bereits verhandelten Abkommen mit Kanada (CETA) und Singapur ändern. Die Vorschläge der Kommission beziehen sich **allein auf künftige Freihandels- und Investitionsabkommen wie insbesondere TTIP.**

Das Reformpapier enthält denkbare, noch abzuwägende Klarstellungen jener Investment- und Investorenschutzregeln, die erstmals auch aus Sicht der Kommission als fragwürdig erscheinen. Die Kommission möchte ihre Vorschläge, wie sie selbst schreibt, als **unverbindliche Diskussionsbasis** verstanden wissen. Die Kommission hat **vier Bereiche identifiziert, in denen es Reformbedarf gebe:**

- **Recht zu regulieren (Right to Regulate).** Denkbar sei in künftigen Verträgen ein eigenständiger Artikel, der dieses Recht näher beschreibt. Ergänzend könne explizit festgeschrieben werden, dass Staaten das Recht haben, die Zahlung von Subventionen zu beenden, wenn es Rechtsakte gibt, die solchen Zahlungen entgegenstehen.
Diesem Vorschlag liegt offenbar eine völlig absurde Klage gegen Rumänien zugrunde. Rumänien hatte die Zahlung von Subventionen an ein in Schweden registriertes Unternehmen zweier aus Rumänien stammender Brüder eingestellt, nachdem klar geworden war, dass diese Zahlung gegen EU-Recht verstößt. Daraufhin klagten die beiden Micula-Brüder vor einem Schiedsgericht gegen Rumänien und bekamen Recht. Dem Schiedsgericht zufolge hatte Rumänien gegen das im Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Schweden und der Regierung Rumäniens über Investitionsförderung und Investitionsschutz verankerte Gebot der fairen und gerechten Behandlung verstoßen. Anschließend bestätigte die EU-Kommission, dass Rumänien richtig gehandelt hat.
- **Schiedsgerichte.** Für Klagefälle in Frage kommende Schiedsrichter sollen auf einer Liste eingetragen sein, auf die sich die Vertragspartner vorab einigen. Schiedsrichter sollen Qualifikationen aufweisen, die auch von Richtern ihres Heimatlandes verlangt werden.
- **Berufungsmechanismus.** Für ISDS-Fälle solle es einen bilateralen Berufungsmechanismus geben, der sich am Berufungsgericht der WTO orientiert.
- **Verhältnis ISDS zu inländischen Gerichten.** Die EU solle parallele Klagen vor einem Schiedsgericht und einem inländischen Gericht verhindern – entweder indem Investoren von Beginn

an zwischen ISDS und inländischen Gerichten zu wählen haben oder indem die Anrufung eines inländischen Gerichts ausgeschlossen ist, sobald eine ISDS-Klage eingereicht wurde. Zusätzlich sei klarzustellen, dass inländisches Recht von Schiedsgerichten weder anzuwenden noch bindend zu beeinflussen sei.

Diese Reformen würden, wenn sie zur Anwendung kämen, die Klageverfahren klarer strukturieren, die Auswahl der Schiedsrichter verändern und die Chance zur Berufung einräumen. **Gleichwohl rütteln diese Reformvorschläge in keiner Weise am einseitigen Klageprivileg für Investoren. Staatliche Politik wäre weiterhin dem Klagerisiko und dem mit diesem Risiko verbundenen Einschüchterungseffekt ausgesetzt. Die Gefahr, dass sich Politik nicht traut, notwendige Standards zu setzen oder zu verändern und sonstige Wohlfahrtsziele zu verfolgen, bliebe vollauf bestehen.**

Den Reformvorschlägen mangelt es auch an Implementierungswillen. Es ist seitens der EU-Kommission keine Rede davon, die als Schwachstellen erkannten ISDS-Probleme zügig zu beheben und in den Verträgen mit Kanada und Singapur für die entsprechenden Änderungen zu sorgen. **Wenn es jedoch zur Ratifizierung von CETA käme, liefe selbst der bescheidene Reformwille der Kommission ins Leere, weil die Masse der transatlantischen Investmentströme bereits von ISDS erfasst wäre. Denn nahezu alle großen US-Unternehmen sind mit erheblichen Aktivitäten in Kanada vertreten und können damit das CETA-Abkommen für ihre Zwecke nutzen.**

Der Lackmустest für den bescheidenen Reformwillen der Kommission ist also das CETA-Abkommen. Der ausverhandelte CETA-Vertrag ist zurückzuweisen, weil er in allen wesentlichen Punkten den Vorschlägen der Kommission widerspricht. Gleichfalls ist das Mandat, das die EU-Kommission für die TTIP-Verhandlungen erhalten hat, mindestens im Sinne der nun veröffentlichten Reformbemühungen zu ändern.

4. ISDS-Fakten

Die Anzahl der Investor-Staat-Schiedsverfahren ist in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Gemäß UNCTAD-Statistik gab es **weltweit bis Ende 2014 insgesamt 608 bekannte Klagefälle** (UNCTAD, IIA Issues Note, No. 1, February 2015). Allein in 2014 sind 42 Fälle hinzugekommen. Die tatsächliche Zahl der Klagefälle dürfte laut UNCTAD deutlich höher liegen.

US-Unternehmen gehören zu den aggressivsten Klägern. Von den 608 bekannt gewordenen Klagefällen wurden 130 von US-Konzernen veranlasst.

92 Prozent der bisher verhängten ISDS-Entschädigungszahlungen fließen an Konzerne beziehungsweise an reiche Einzelinvestoren (gemäß Gus van Harten, Professor für internationales Investmentrecht an der York University in Toronto, Kanada):

- 64 Prozent an Konzerne mit mehr als zehn Milliarden US-Dollar Umsatz
- 12 Prozent an Konzerne mit einem Umsatz zwischen einer Milliarde und zehn Milliarden US-Dollar
- 16 Prozent an reiche Einzelinvestoren mit einem Privatvermögen von mehr als 100 Millionen US-Dollar.

Auch die Bundesrepublik Deutschland ist betroffen. Der Stromkonzern Vattenfall beruft sich auf die „Energy Charta Treaty“ und verlangt 4,7 Milliarden Euro als Entschädigung für den Atomausstieg, der mit breiter Unterstützung der Bevölkerung beschlossen worden ist.

Laut Pressberichten hat Italien angekündigt, angesichts diverser Entschädigungsklagen aus dem „Energy Charta Treaty“ aussteigen zu wollen.

Südafrika, Australien und andere Länder haben ihrerseits begonnen, Freihandels- und Investitionsabkommen zu kündigen.

5. Wichtige Erkenntnisse aus den Protokollen Handelspolitischer Ausschüsse der EU. Die Protokolle zeigen, dass die Kritik an TTIP und CETA vollauf berechtigt ist. Denn selbst Regierungsvertreter haben schwerwiegende Bedenken.

3243: Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses (Dienstleistungen & Investitionen) am 29.07.2015

Die Behauptung, dass Freihandelsabkommen nicht in das Gesetzgebungsrecht der Staaten eingreifen, ist falsch.

Man habe mit VNM (Vietnam) einen Kompromiss dahingehend gefunden, dass das VNM Gesetz über Landenteignung und ggf. zu zahlende Entschädigungen nicht mehr abgeändert werden dürfe und habe dies im FHA (Freihandelsabkommen mit Vietnam) festgeschrieben.

3230: Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses (Stellvertreter) am 24.07.2015

EU-Kommission schränkt Transparenz ein.

Kom. Malmström habe den Dienststellen der EU-KOM die Weisung erteilt, den schriftlichen Bericht über die letzte Verhandlungsrunde ab Montag, 27.07.2015, ausschließlich im Leseraum der EU-KOM in Brüssel zur Verfügung zu stellen. Eine Versendung der Verhandlungsberichte an die MS werde nicht mehr erfolgen. Hierfür trügen diejenigen MS die Verantwortung, die die "Leaks" zu vertreten hätten.

2822: Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses (Dienstleistungen & Investitionen) am 17.06.2015 - Teil 1

Freihandelsabkommen können den besonderen gesetzlichen Schutz der Kultur beziehungsweise der audio-visuellen Dienstleistungen (AV-DL) gefährden

In der allgemeinen Aussprache begrüßte FRA den Ausschluss der AV-DL, bemängelte aber die mangelnden Ambitionen im Annex in Bezug auf Daten- und Verbraucherschutz. Dies wurde von BEL und DEU unterstützt, wobei darauf hingewiesen wurde, dass die Ausnahme zu AV zukunftsfest ausgestaltet sein müsse. DEU wies ferner ergänzend auch auf die von Experten geäußerten Bedenken hin. Es werde u.a. die Gefahr gesehen, dass die EU sich auf einen regulativen Rahmen festlege, den sie nicht mehr einseitig ändern könne.

Bericht des EU-Verbindungsbüros (Referat PE 4) des Deutschen Bundestages aus Brüssel – Nr. 13/2015 vom 29. Juni 2015 über das von der französischen Nationalversammlung organisierte interparlamentarische Treffen mit Vertretern der zuständigen Ausschüsse der nationalen Parlamente am 17. Juni 2015 in Paris

Parlamentarier der EU kritisieren Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) und warnen vor weiteren Gefahren, die von Freihandelsabkommen ausgehen

Vor allem die umstrittene Frage des Investitionsschutzes sorgte auf dem interparlamentarischen Treffen für angeregte Diskussionen. Die anwesenden Vertreter aus u. a. Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Rumänien sowie dem deutschen Bundesrat sprachen sich gegen die Schaffung eines privaten Schiedsgerichts aus, vor dem Mitgliedstaaten von Konzernen verklagt werden könnten. Insbesondere Parlamentarier aus den Niederlanden und Österreich hinterfragten die Sinnhaftigkeit von ISDS-Klauseln und stellten die Idee eines multilateralen Schiedsgerichtshofs für Handelsfragen in den Raum. In diesem Zusammenhang verwiesen die Vertreter des niederländischen Parlaments auf die Entschließung der Zweiten Kammer vom 24. März 2015, in der sie forderte, dass TTIP keine Streitbeilegungsverfahren enthalten dürfe, die das nationale Rechtssystem und die demokratische Willensbildung in Frage stellen. Parlamentarier aus Luxemburg und Österreich warfen hierzu die Frage auf, ob nicht das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), das auch mit einer ISDS-Klausel versehen ist, entsprechend neu verhandelt werden solle. In diesem Zusammenhang erläuterte der anwesende Staatssekretär des französischen Außenministeriums, Matthias Fekl, dass sich Frankreich gegen ISDS ausgesprochen habe und stattdessen für die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs vorerst auf europäischer und anschließend auf internationaler Ebene plädiere.

Auch zu weiteren Aspekten von TTIP wurden Bedenken vorgebracht. So forderten die Vertreter des zyprischen Parlaments die Kommission auf, ein besonderes Augenmerk auf die KMU zu legen und befürworteten die Idee, ein Kapitel für KMU in TTIP aufzunehmen. Insgesamt zeigten sich zahlreiche Abgeordnete (u. a. aus Griechenland, Italien, den Niederlanden und Österreich) hinsichtlich der Auswirkungen auf die KMU und daher auf die Beschäftigung und die Absicherung von Beschäftigungsstandards besorgt, da in den USA unterschiedliche Standards gelten. Vor dem Hintergrund, dass in Belgien der Anteil der KMU 85 % der Unternehmen beträgt, äußerte der Vertreter des belgischen Parlaments erhebliche Bedenken gegen das Handelsabkommen und stellte die Unterstützung in seinem Land in Frage.

Darüber hinaus wurde insbesondere seitens der Vertreter des deutschen Bundesrates und der französischen Nationalversammlung die Gefahr eines sozialen Dumpings durch TTIP hervorgehoben. Auch wurde zur Aufrechterhaltung von Umweltstandards bzw. geschützten Ursprungsbezeichnungen Bedenken vorgebracht. Zweifel bestehen in den nationalen Parlamenten ebenfalls hinsichtlich der Beibehaltung europäischer Datenschutz- und Verbraucherstandards. Besondere Gefahr sehen einige Parlamentarier auch in den anstehenden Verhandlungen im Bereich Landwirtschaft. Abgeordnete aus u. a. Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Polen und Ungarn befürchteten zudem Zugeständnisse hinsichtlich des Inverkehrbringens genetisch veränderter Organismen und der Folgen auf die Qualität der Nahrungsmittel. Ferner debattierten die Abgeordneten über die möglichen Auswirkungen von TTIP auf die öffentliche Daseinsvorsorge sowie das geistige Eigentum, da auf beiden Seiten des Atlantiks aufgrund der Unterschiedlichkeit der Rechtssysteme divergierende Auffassungen zu Definition und Schutz dieser Sektoren bestehen.

1412: Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses (Stellvertreter) am 01.04.2015

Mitgliedsstaaten sehen Gefahren im Agrarbereich (insbesondere Fleisch)

Mehrere MS gingen auch auf ein mögliches TTIP-Kapitel zu sanitären und phytosanitären Maßnahmen (SPS) ein. HUN äußerte seine Besorgnis zum hierzu von den USA vorgelegten Textschlag. Womöglich könnten unter dem Begriff "modern agricultural technologies" auch heikle gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) subsumiert werden. HUN machte deutlich, dass es "schwierig" sei, den US-Text zu übernehmen. ITA wies auf bestehende Probleme mit den USA im SPS-Bereich hin (u.a. bei Fleisch). Hier müssten schnell Fortschritte erzielt werden (ähnlich HRV).

Mitgliedsstaaten bemängeln die Geheimhaltung

DEU informierte, dass es von US-Seite nach wie vor keine Rückmeldung zur übermittelten Liste von 130 Regierungsmitarbeitern gegeben habe, die Zugang zum Leseraum in der US-Botschaft in Berlin erhalten sollten; einen Leseraumzugang gebe es nicht (sinngemäß auch LIT). Nach den DEU vorliegenden

Informationen seien auf US-Seite auch noch keinerlei praktische Maßnahmen zur Einrichtung des Leseraums getroffen worden. Auch FIN und SVK berichteten, immer noch keinen Zugang zum Leseraum in der US-Botschaft bzw. keinerlei Rückmeldung von den USA erhalten zu haben. DEU unterstrich zum wiederholten Mal, dass Leseräume in US-Botschaften mittelfristig nicht ausreichen; ein direkter Zugang zu Dokumenten etwa über eine sichere Datenbank notwendig sei. KOM informierte, dass man sich auf US-Seite auch nachdrücklich für Leseräume innerhalb der Regierungen der EU-MS einsetze. Hierzu sei es notwendig, dass es nicht nur einen gesicherten Raum, sondern auch einen Sicherheitsbeauftragten gebe, der Aufsicht führe. KOM bat die MS ausdrücklich darum, sich zu melden, sollten einzelne MS nicht über entsprechende Strukturen innerhalb ihrer Regierung verfügen, die für den Zugang zu konsolidierten TTIP-Verhandlungstexten genutzt werden können.

1411: Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses (Stellvertreter) am 01.04.2015

Gefahr der Aufweichung von Vergaberichtlinien

DEU unterstrich, dass in der EU durch TTIP keine neuen Verpflichtungen übernommen werden dürften, die über die Bestimmungen des reformierten europäischen Vergaberechts hinausgingen. Insbesondere die in den EU-Vergaberichtlinien verankerten Möglichkeiten für Inhouse-Vergaben und Public-Private-Partnership sowie Bereichsausnahmen für bestimmte Rettungsdienste und die Trinkwasserversorgung dürften durch TTIP nicht in Frage gestellt werden. Weiterhin müsse eine ausdrückliche Regelung angestrebt werden, wonach Bereiche, die wesentliche Sicherheitsinteressen berühren, nicht durch Bestimmungen in TTIP zum öffentlichen Beschaffungswesen berührt sind (Unterstützung hierfür von NLD und GRC).

In den Verhandlungen mit den USA geht es wie in allen Freihandelsabkommen um Deals zur Verschlechterung von Standards, nicht um deren Verbesserung. Beispiel hier: Deal Öffentliches Beschaffungswesen – Agrar.

Es wäre eine qualitative Veränderung in der US-Vergabepolitik und ein sehr signifikantes Ergebnis ("very significant outcome"), wenn EU-Unternehmen einen diskriminierungsfreien Zugang zum US-Beschaffungsmarkt auf föderaler Ebene und zum flow down erhielten. Bis jetzt gebe es jedoch noch keine Anzeichen, dass sich die USA in diese Richtung bewegten. In jedem Fall sei aber klar: Ein von den USA gefordertes hohes Ambitionsniveau im Agrarbereich erfordere auch ein hohes US-Ambitionsniveau bei öffentlichen Beschaffungen.

Negativlistenansatz umstritten – hier Belgien.

BEL wies darauf hin, dass die Verwendung von Negativlisten zur Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte aus BEL-Sicht schwierig sei.

KOM nennt ISDS als Mittel gegen restriktive US-Energiepolitik (exakt solche Erwägungen wird es auch auf US-Seite geben)

KOM erwiderte, dass man Zugang zu US-Energierohstoffen brauche. Wenn die USA nun ein "semi-automatic licensing" für Erdgas gewährten, sei dies ein großer Fortschritt. Würden die USA dann nach Abschluss von TTIP gegen die selbst auferlegten Verpflichtungen (etwa durch die Verabschiedung nationaler Gesetze) verstoßen, so könnte man gegen die USA gerichtlich vorgehen und würde den Streitfall automatisch gewinnen.

1410: Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses (Stellvertreter) am 01.04.2015

Deal bei Dienstleistungen

Kom. Malmström und USTR Froman haben sich auf einen Austausch überarbeiteter Dienstleistungsangebote zur 10. TTIP-Verhandlungsrunde im Juli verständigt. Die Verhandlungen über den Dienstleistungshandel werden - im Unterschied zu CETA - auf Basis eines Hybrid-Ansatzes erfolgen; d.h. Negativliste für "national treatment commitments" und Positivliste für den Marktzugang. KOM hat der US-

Seite in einzelnen Dienstleistungsbereichen CETA-Parität zugesichert, wenn die USA ihrerseits weitergehende Verpflichtungen in diesen Bereichen eingehen.

Deal im Energiebereich.

Darüber hinaus haben die USA ihre Bereitschaft signalisiert, den Erdgashandel mit der EU zu liberalisieren ("semiautomatic licensing"), wenn die EU den USA im Erdgasbereich Inländergleichbehandlung ("national treatment") gewährt.

Widerstand zeigt Wirkung.

KOM berichtete von den jüngsten Entwicklungen zur TTIP-Resolution und von der aktuellen TTIP-Diskussion in der Öffentlichkeit. Das EP werde die TTIP-Resolution womöglich erst im Juni – und nicht wie bisher geplant im Mai – verabschieden. Es gebe zur TTIP-Resolution mittlerweile ca. 1.400 Änderungsvorschläge von 14 mitberatenden EP-Ausschüssen. In den Ausschüssen und Fraktionen werde am intensivsten über die mögliche Einbeziehung eines Investor-Staat- Schiedsverfahrens (ISDS) diskutiert. Im Rahmen der NGO-Kampagne 'Stop TTIP' seien in der EU mittlerweile über 1,5 Mio. gegen das Abkommen gesammelt worden. KOM berichtete zudem davon, dass sich auch Städte und Gemeinden in den MS verstärkt mit TTIP befassen. KOM habe von Kommunen in der EU über 100 Resolutionen zu TTIP erhalten.

Deal Öffentliches Beschaffungswesen – Agrar.

KOM habe den USA sehr deutlich gemacht, dass ein hohes US-Ambitionsniveau im Agrarbereich ein hohes US-Ambitionsniveau bei öffentlichen Beschaffungen erforderlich mache. Fortschritte in Richtung eines überarbeiteten Zollangebots seien also an Fortschritte bei der Festlegung der Verhandlungsarchitektur zum Öffentlichen Auftragswesen geknüpft.

Umfassende Deals bei den Dienstleistungen.

KOM berichtete von einer neuen Dynamik im Dienstleistungsbereich. Kom. Malmström und USTR Froman hätten sich darauf verständigt, dass die EU und die USA zur 10. TTIP-Verhandlungsrunde im Juli ihre jeweiligen überarbeiteten Dienstleistungsangebote austauschen. Auf EU-Seite müssten nun im Handelspolitischen Ausschuss 'Dienstleistungen und Investitionen' (TPC SI) die vorbereitenden Arbeiten erfolgen.

Eine der größten Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang sei, dass zu Beginn der TTIP-Verhandlungen sowohl die USA als auch die EU ihr Versprechen gegeben hätten, dem jeweils anderen das "best possible treatment" zu geben. Auf EU-Seite sei zum damaligen Zeitpunkt das EU-KOR Freihandelsabkommen hierfür "benchmark" gewesen. Mittlerweile habe die EU aber CETA abgeschlossen. Die USA forderten von der EU nun Verhandlungen im Dienstleistungsbereich auf Basis von CETA.

KOM machte deutlich, dass in den USA im Dienstleistungsbereich auf subföderaler Ebene nach wie vor Transparenzprobleme bestünden. Die US-Verpflichtungen müssten sich in den EU-Verpflichtungen widerspiegeln; es sei Symmetrie erforderlich. KOM kündigte an, dass die Verhandlungen über den Dienstleistungshandel - im Unterschied zu CETA - auf Basis eines Hybrid-Ansatzes erfolgen werden; d.h. Negativliste für "national treatment commitments" und Positivliste für den Marktzugang. Bei CETA sei im Dienstleistungsbereich ausschließlich mit Negativlisten gearbeitet worden.

KOM habe der US-Seite zugesichert, in einzelnen Bereichen CETA-Parität gewähren zu wollen, wenn die USA ihrerseits weitergehende Verpflichtungen in diesen Bereichen eingingen:

CETA-Parität für "financial services" unter der Voraussetzung, dass sich die USA auf eine "roadmap" zur "financial services regulation" verpflichten;

CETA-Parität für Dienstleistungen im Bereich Energie und Rohstoffe, sofern in TTIP ein für die EU akzeptables Paket im Bereich Energie und Rohstoffe geshnürt werden könne;

CETA-Parität für "professional services" unter der Voraussetzung, dass man bei der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen/Abschlüssen und Berufsqualifikationen vorankomme.

Zu öffentlichen Dienstleistungen ("public services") hätten Kom. Malmström und USTR Froman kürzlich eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Hier bleibe der Politikspielraum für die MS in vollem Umfang erhalten.

Die USA hätten sich hier auf die EU zubewegt. KOM forderte die MS auf, die Vereinbarungen mit den USA zu öffentlichen Dienstleistungen entsprechend zu kommunizieren.

5634: Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses (Stellvertreter) am 12.12.2014

Die Kommission und insbesondere die deutsche Vertreterin sprechen Klartext – in ungewöhnlicher Offenheit. In 2014 erlittene Niederlagen werden eingestanden. Ebenso kommt klar zum Ausdruck, dass es in 2015 zu einer Welle der manipulativen Bearbeitung der Öffentlichkeit kommen soll. Hier die wesentlichen Eingeständnisse und die Maßnahmen, die folgen sollen.

- **Wir haben bislang die öffentliche Auseinandersetzung verloren. Wir waren brüsselzentriert und haben unsere eigenen Bataillone nicht mobilisiert.**
- **Die Anti-TTIP-Basiskampagnen waren klar besser als wir.**
- **Wir haben keine schlagkräftigen Argumente.**
- **Wir brauchen eine neue Studie.**
- **Wir bestimmen den Inhalt der Studie. Sie wird uns Argumente liefern.**
- **Die Ablehnung der EBI war ein Schuss ins Knie, hat unsere Gegner mobilisiert.**
- **Die Medien berichten zu kritisch. Dagegen müssen wir etwas unternehmen.**
- **Wir müssen jetzt Kommunikationsspezialisten voll einsetzen.**

KOM ging auf die öffentliche Debatte rund um die TTIP-Verhandlungen ein und berichtete über die Kommunikationsstrategie der KOM. Die öffentliche Diskussion über TTIP sei in den einzelnen MS sehr unterschiedlich, die Spannbreite reiche von einer positiven TTIP-Wahrnehmung bis hin zu einer außerordentlich emotionalen Gegnerschaft. Teilweise würde in der Diskussion ausgeblendet, dass die Handelspolitik schon mehrere Jahrzehnte vergemeinschaftet sei. Kernthemen bei der kritischen öffentlichen Diskussion seien EU-Standards, Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, Investitionsschutz (ISDS) sowie die Transparenz der Verhandlungen. An TTIP kondensierten tieferliegende Ängste und Haltungen, beispielsweise Globalisierungsängste, EU-Skeptizismus oder auch eine ablehnende Haltung gegenüber der Politik und Kultur der USA. KOM unterstrich gerade auch mit Blick auf die starke Diversität der öffentlichen Diskussion, dass man mit einer brüsselzentrierten Kommunikation der komplexen Lage nicht gerecht werden könne. KOM setze auf ein starkes Engagement der einzelnen MS sowie Deinstitutionalisierung, d.h. den Einbezug u.a. von Universitäten, Verbänden und Unternehmen. KOM betonte die Bedeutung des Austauschs mit und zwischen den EU-MS.

KOM werde ferner ihre Maßnahmen stärker auf die Unentschlossenen fokussieren. Bei der Kommunikation werde künftig eine stärkere Verlagerung von der Makro- auf die Mikroebene erfolgen: Statt abstrakt auf Wachstumseffekte abzustellen sollten konkrete Beispiele herangezogen werden, was TTIP für einzelne Unternehmen bedeute. Wichtig sei, TTIP-Befürworter zu mobilisieren. Ferner werde KOM künftig noch stärker auf soziale Netze, audiovisuelle Medien und Veranstaltungen setzen, da deren Wirkungsgrad deutlich besser sei als der von schriftlichen Publikationen.

Aussprache mit den MS:

DEU verwies darauf, die Mobilisierungskräfte der Anti-TTIP-Basiskampagnen überstiegen deutlich die Wirkkraft bisheriger Pro TTIP PR-Maßnahmen. DEU wolle sichtbare Akzente setzen und plane für 2015 die Aktivitäten zu verstärken, u.a. durch Erklärvideos. DEU begrüßte, dass die KOM beim letzten Handelsministerrat am 21. Nov. 2014 den Vorschlag aufgegriffen habe, die ökonomische Bedeutung von Freihandel insgesamt mit einer KOM-Studie zu beleuchten, um die in der Diskussion stets genannten Argumente gegen TTIP zu widerlegen. DEU sei gespannt auf die Ergebnisse dieser Untersuchung über die ökonomische Bedeutung der EU-Freihandelsabkommen mit Zahlen und Fakten und werde sie zur Grundlage

der Öffentlichkeitsarbeit machen, um sachliche Diskussionen in den Parlamenten und in der Öffentlichkeit führen zu können.

DEU würde begrüßen, wenn sich die EU-KOM mit den Argumenten der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) auseinandersetze. Die rechtlich nachvollziehbare Ablehnung der EBI durch die KOM habe den öffentlichen Druck gegen TTIP, aber auch gegen die EU-Handelspolitik insgesamt, verstärkt, weil der Eindruck bestehen blieb, die "Stimme der Bevölkerung" würde ignoriert. Eine Auseinandersetzung mit den Sachliegen der Vertreter der EBI sei daher aus DEU-Sicht angemessen. KOM versicherte, man wolle sich auch weiterhin mit den Argumenten der TTIP-Gegner befassen.....

LUX und FIN beklagten die einseitige, unausgewogene Berichterstattung durch Journalisten und forderte eine Anpassung der Öffentlichkeitsarbeit. KOM erwiderte, diese Herausforderung könne nur politisch bewältigt werden. FIN forderte, dass Informationsmaterial auch in den verschiedenen Sprachen der EU zur Verfügung gestellt werden müsse. KOM verwies auf deren begrenzte Übersetzungskapazitäten und bat um MS um Hilfe.

ANLAGE

TTIP: Der Stand nach der 10.Verhandlungsrunde. Ansichten eines Insiders, Juli 2015

Vorbemerkung: Die TTIP-Verhandlungen sind geheim, nach wie vor. Die nachfolgenden Ausführungen geben nach meinem besten Wissen das wieder, was ich erfahren konnte, aber natürlich ohne Gewähr und ohne Quellenangabe. Leider geht das nicht anders. Wäre die EU ein demokratischer Staatenbund, eine Wertegemeinschaft von Ländern in denen der Souverän das Volk ist, könnten Sie alles selbst im Internet nachlesen. Aber so ist es nicht. In der EU-Handelspolitik lässt sich die Exekutive in Brüssel und in den nationalen Hauptstädten lieber nicht in die Karten sehen, und die Parlamente wollen das auch so haben, sonst hätten sie es längst geändert.

Nach der 10.Verhandlungsrunde im Juli wurde die Geheimhaltung massiv verschärft: aus Wut über immer mehr durchgesickerte Geheimdokumente, etwa auf der webseite correctiv.org, hält die Kommission jetzt sogar gegenüber den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten immer mehr Dokumente unter Verschluss. Den Verhandlungsbericht über die 10.Runde dürfen die Mitgliedsstaaten jetzt nur noch in einem Brüsseler Leseraum ansehen, aber keine Notizen oder gar Kopien machen. So etwas gab es noch nie. Wie Schulkinder mussten sich die Beamten der Wirtschaftsministerien Ende Juli eine Standpauke der Kommission im handelspolitischen Ausschuss des Rates anhören, sie seien offenbar unfähig, geheime Dokumente geheim zu halten, und dass sie auch noch auf die Idee kommen solche Dokumente Parlamentsabgeordneten zugänglich zu machen, sei ohnehin völlig unglaublich (wenn auch verfassungsmässige Vorschrift in manchen Mitgliedsstaaten, aber um Verfassungen braucht sich die Kommission ja nicht zu scheren). Auch der Hinweis einer Reihe von Mitgliedsstaaten nützte nichts, dass sie damit ihrerseits ihre Parlamente nicht mehr informieren können und damit den TTIP-kritischen NGOs das Feld überlassen müssen. Malmström bleibt stur. Inzwischen ist die ganze Absurdität dieser paranoiden Geheimhaltungspolitik schon soweit, dass aus den angeblich „transparentesten Verhandlungen aller Zeiten“ für die Mitgliedsstaaten die intransparentesten Verhandlungen aller Zeiten geworden sind: Auch Sigmar Gabriel hat inzwischen keinen Zugang mehr zu den Verhandlungsberichten.

Auch nach der 10. Verhandlungsrunde sind die TTIP-Verhandlungen weit davon entfernt, gegen Ende des Jahres abgeschlossen zu werden (wie es Kanzlerin Merkel gerne hätte) oder Mitte nächsten Jahres abgeschlossen zu werden, wie es die Kommission als Zielvorgabe ankündigt. Erfahrene Handelsdiplomaten wissen, wie unrealistisch solche Vorstellungen sind, und sagen deshalb: jede grössere Handelsrunde dauert allermindestens vier Jahre, eher länger. Intern gibt auch die Kommission zu bedenken: je grösser der Zeitdruck aus den Hauptstädten, desto geringer werden die Ergebnisse. Verhandlungsbeginn war Mitte 2013, man kann also davon ausgehen: Unter Obama werden die Verhandlungen nicht mehr abgeschlossen, wahrscheinlich auch nicht mehr in der Amtszeit des gegenwärtigen Wirtschaftsministers Gabriel. Umso mehr werden die Verhandlungen die nächste Bundestagswahl beeinflussen, sollten sie vorher nicht abgebrochen werden. Ob Gabriel ein Interesse daran hat, mitten im Wahlkampf 2017 einen fertigen TTIP-Text auf den Tisch gelegt zu bekommen, darf bezweifelt werden. Mittlerweile herrscht in den Brüsseler Entscheidungsgremien von Rat und Kommission wachsende Besorgnis über den schleppenden Verlauf der Verhandlungen: in allen wesentlichen Fragen kommt man nicht weiter.

Schaut man sich die Details der Verhandlungen an, wird deutlich, warum es nicht so schnell geht. Fangen wir mit den in der Öffentlichkeit weniger beachteten Themengebieten an. Verbesserter **Marktzugang** ist eines der TTIP-Ziele, und auch hier ist nach 9 Runden noch nicht viel Fortschritt zu verzeichnen. Der Zollabbau ist ja auch ohne TTIP schon sehr weit, ausser in einigen Bereichen wie dem Agrarsektor. Bei den **Agrarzöllen** haben die Verhandlungen noch gar nicht begonnen, man steckt noch in der Phase des »Erfahrungsaustauschs«: Wie war das mit den »sensitiven Produkten« in anderen Freihandelsabkommen? Da muss man erhebliche Unterschiede konstatieren: die USA schaffen in solchen Abkommen in der Regel alle Zölle für Agrarprodukte ab, wenn auch manchmal mit langen Übergangsfristen, während die EU in solchen Abkommen feste Quoten für den zollfreien Marktzugang für Dritte einräumt. Die USA rückten bei der 8. Verhandlungsrunde im Februar von der ursprünglichen Zusage ab, jetzt die Texte zu einem konsolidierten Verhandlungstext zusammenzulegen, da sie einfach zu unterschiedlich seien. Bei der 9. Runde im April zeigte die USA mehr Flexibilität in allen Bereichen, in denen sie Exportinteressen haben. Bei Zucker dagegen erklärten sie, die voller Abschaffung der Zölle käme nicht in Frage. Bei Fleisch müsse die EU ihre sanitären und phytosanitären Standards (SPS; Stichwort »Chlorhähnchen«) ändern, bevor man hierüber ernsthaft verhandeln könne. Die EU wiederum erklärte, die USA müssten sich bei den geografischen Herkunftsbezeichnungen bewegen. Man stellt also gegenseitig noch Vorbedingungen, bevor man überhaupt in ernsthafte Verhandlungen eintritt. »A further review of the offers can be expected in the next round«, berichtet die EU-Kommission über die 9. Verhandlungsrunde. Fortgeschrittene Verhandlungen sehen anders aus.

Die Verhandlungen über das von der EU vorgelegte Kapitel zu Wein und Spirituosen stecken fest: die US-Seite erklärt, sie kann nicht weiterverhandeln, da die amerikanische Weinindustrie eine Marktöffnung für die Europäer ablehnt. Das blieb auch bei 9. Verhandlungsrunde so: die EU appellierte an die USA, sich doch bitte endlich zu bewegen. Genau diese Marktöffnung war doch das Ziel von TTIP...Auch die von der EU angestrebte substanzielle Erleichterung der bürokratischen Einfuhrprozeduren für Wein wird von der EU-Seite zwar immer wieder in aller Ausführlichkeit dargelegt, aber die US-Seite hört sich das mehr oder weniger nur achselzuckend an und reagiert darauf nicht. Bei Spirituosen sind die Amerikaner konzilianter und legten einen eigenen Vorschlag vor. Sie schlagen regulatorische Kooperation bei den Etikettierungsvorschriften vor. Die EU hat noch Nachfragen, die Diskussion wird fortgesetzt. Es geht nur um Etiketten, wohlgemerkt, nicht über den Inhalt.

Konkretere Zollabbau-Angebote haben die USA bisher nur bei Industriegütern und Fischereiprodukten skizziert (aber noch nicht formell unterbreitet). Thunfischkonserven erklärten die USA inzwischen zu »sensitiven Produkten«, bei denen es keine Marktöffnung geben werde. Interessant: die Amerikaner erklären zwar öffentlich, sie wollten die vollständige Beseitigung aller Zölle, aber was sie bei der 8. Verhandlungsrunde ausführten, war für eine längere, nicht näher spezifizierte Übergangszeit die Beibehaltung von Industriezöllen für bestimmte Produkte. Zum Ärger vor allem der Deutschen gehören dazu auch Autos und Autoteile – allerdings präsentierten die USA ihre Auto-Ausnahme so, dass sie darüber noch »weitere Gespräche« benötigen. Bei der 9. Runde im Mai deuteten die USA immerhin an, bei Autos könnten

sie später noch ein besseres Angebot machen, aber zu Auto-Ersatzteilen gab es keine Aussagen. Das Angebot liegt immer noch nicht vor.

Für Holz und Holzprodukte wollen die USA alle Zölle abschaffen; die EU sagte bei der 9.Runde zu, dies mit der europäischen Industrie zu konsultieren. Auf die Idee, darüber auch mit anderen »Stakeholdern« wie z.B. Umweltverbänden zu konsultieren, kam natürlich niemand.

Die öffentlichen Dienstleistungen sind ein sehr vielschichtiges Thema, wobei entgegen der verbreiteten öffentlichen Meinung in Europa es die EU-Kommission ist, die weitaus offensivere Marktöffnungsinteressen für den US-Markt hat als umgekehrt. Die »Buy American«-Gesetze in den USA schliessen bisher ausländische Anbieter von den öffentlichen Dienstleistungen weitgehend aus. Verhandlungskompetenzen hat die US-Delegation nur für die Bundesebene und möglicherweise für

Gelder des Bundes, die an Bundesstaaten vergeben werden, aber nach der US-Verfassung nicht für die öffentliche Beschaffung auf Landes- und Kommunalebene. In dieser Frage trägt die europäische Seite unverdrossen ihre Forderung vor, »buy American« durch »buy Transatlantic« zu ersetzen, allerdings ohne grosse Resonanz. Auf US-Bundesebene will die EU-Kommission einen Negativlistenansatz (alles, was nicht explizit ausgeschlossen ist, wird geöffnet), und den US-Bundesstaaten will sie wenigstens einen Positivlistenansatz abringen (nur das wird geöffnet, was explizit benannt wird). Im Kongress sind Mehrheiten für die Aufweichung von »Buy American« nicht in Sicht. Auch innerhalb der EU gibt es Streit über die richtige Strategie, den amerikanischen Widerstand zu knacken. Das deutsche Wirtschaftsministerium hält es für zielführender, den Amerikanern auch auf Bundesebene nicht gleich mit der Zumutung eines Negativlistenansatzes zu kommen und hält einen Positivlistenansatz für leichter verdaulich, kann sich damit aber bisher in der EU nicht durchsetzen. Die Verhandlungen sind einstweilen ausgesetzt, weil die USA Zeit für »interne Konsultationen« braucht. Bei der 9.Runde gab es zwei Tage lang »technische Diskussionen«, u.a. auch über Umwelt- und Sozialkriterien. Nach Einschätzung der Kommission blieb diese Diskussion »inconclusive«. Die EU möchte europäische Firmen auch in spezifische Programme reinbekommen, etwa solche des US-Umweltbundesamts EPA oder spezielle US-Programme für kleine und mittlere Unternehmen. Da werden sich die US-Mittelständler aber freuen...aber es ist ohnehin unwahrscheinlich, dass die USA diesen EU-Wünschen nachgeben werden. Bei der 10.Runde im Juli war diese zentrale Frage nicht einmal Gesprächsgegenstand.

Umgekehrt haben natürlich amerikanische Dienstleister an bestimmten Dienstleistungsmärkten in Europa ebenfalls grosses Interesse, z.B. bei **Bildung und Gesundheit**. Solange die US-Seite bei »buy American« derart unbeweglich ist, ist es nachvollziehbar, dass auch die EU in diesen Fragen bisher ebenfalls auf stur schaltet, wobei sie den Mitgliedsstaaten diese Haltung aber so verkauft, dass sie auf die öffentlichen Empfindlichkeiten Rücksicht nehme. Die Kommission erklärt den Amerikanern mittlerweile relativ deutlich, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und die »public utilities« vermintes Gelände seien, und sie daher nicht viel machen könne, während die Amerikaner das immer wieder erneut hinterfragen und erneut erklären lassen. Das scheint mittlerweile Ritualcharakter zu haben.

Ausführlich verhandelt wird über **public-private partnerships (PPPs)**, ein der Thema, das im BMWi zurzeit wieder en vogue ist. Auch hier gibt es grundsätzliche Differenzen, die EU will relativ umfassend Zugang zum US-Markt, während die US-Seite sehr viel zurückhaltender ist. Man einigt sich bisher nur, die Position der jeweils anderen Seite »besser zu verstehen«. Das kann sicherlich nicht schaden. Die USA erklärten bei der 9.Runde, sie hätten da schon genug Konzessionen gemacht, was die EU aber ganz anders sieht.

Der **Dienstleistungssektor** besteht aber nicht nur aus den öffentlichen Dienstleistungen. Beide Seiten haben bereits Marktzugangsangebote unterbreitet, und beide Seiten meinen, diese Angebote seien recht umfassend. Beide Seiten meinen aber auch, die Angebote der jeweils anderen Seite seien alles andere als umfassend. Bei der 10.Verhandlungsrunde legten beide Seiten überarbeitete Angebote vor, die ausführlich diskutiert wurden. Nach Ansicht der Kommission unterscheidet sich das US-Angebot kaum vom ersten Angebot, und sie glaubt auch, das werde bis zur Schlussphase der Verhandlungen so bleiben, weil sich die

Amerikaner eigentlich immer so verhalten würden: substantielle Verbesserungen ihrer Angebote würden sie immer erst zum Schluss vorlegen. Die Kommission kämpft ihrerseits noch mit 600 Kommentaren der Mitgliedsstaaten zum EU-Angebot, die sie noch bearbeiten müsse. Offenbar haben auch die Mitgliedsstaaten Mühe, der Kommission Vorgaben zu machen. Fortgeschrittene Verhandlungen sehen anders aus – offensichtlich ist man mit diesem Imponiergehabe noch ziemlich im Anfangsstadium. Im Telekommunikationsbereich dagegen gibt es seit kurzem einen konsolidierten Klammertext. Besonders schwierig ist der Wunsch der EU, dass die Amerikaner ihre diversen Beschränkungen für ausländische Telekommunikationsanbieter aufheben (Obergrenzen für ausländische Kapitaleigner u.dgl.). Man muss vermutlich im gesamten Dienstleistungssektor grundsätzlich die parallel laufenden TISA-Verhandlungen mitberücksichtigen, an denen EU und USA ebenfalls beteiligt sind – ein wirkliches Bild kann man sich nur machen, wenn man auch dort einen vertiefteren Einblick nehmen kann als das, was mir zugänglich ist. Manche Dinge muss man vielleicht in TTIP gar nicht klären, wenn sie bei TISA auch verhandelt werden.

Im Textilsektor kreisen die Verhandlungen zurzeit um die Frage der Herkunftsbezeichnungen, bei denen es offenbar erhebliche Schwierigkeiten gibt. Die US-Seite glaubt, das sei aber lösbar, und zielt stark darauf ab, die Verwendung von Material aus Nicht-TTIP-Staaten künftig zu »minimieren«: die Textilindustrie in Europa und den USA habe ja ähnliche Interessen und Probleme gegenüber dem Rest der Welt. Da werden sich die Bangladeshis freuen – vielleicht nähern sie künftig gleich Etiketten »Made in the USA« in ihre Produkte. Vollständigen Zollabbau lehnen die USA für Textilien und Schuhe ab, was vor allem die Italiener ärgern dürfte: in der öffentlichen Diskussion tut die italienische Regierung so, als würde der italienische Schuhexport in die USA mit TTIP geradezu explodieren. Bei der 9.Runde signalisierten die USA immerhin, sie könnten bei Schuhen noch ein besseres Angebot machen – aber nicht bei Turnschuhen, das seien »sensitive Produkte«. Ein Glück, dass Italiens Schuh-Produktpalette nicht wirklich auf Turnschuhe spezialisiert ist. Herkunftsbezeichnungen sind auch ausserhalb des Textilsektors generell ein schwieriges Problem – die Verhandlungen sind noch nicht an dem Punkt angekommen, dass man sagen könnte, es gibt ein gemeinsames Verständnis dafür, was eigentlich ein „Produkt aus der EU/USA“ ist. Bei den heutigen globalen Wertschöpfungsketten ist das kein Wunder. Ab wieviel Prozent europäischer Wertschöpfung ist ein Produkt »made in the EU«?

Einer der potenziell ganz heissen Eisen ist die Datenlokalisierung. Die USA bestehen darauf, dass Daten Waren sind und in einem Freihandelsabkommen der freie Datenfluss nicht behindert werden darf. Auch Datenschutzbestimmungen dürfen nach US-Ansicht den freien Datenfluss nicht behindern, jedes Unternehmen sei natürlich verpflichtet, die jeweiligen lokalen Datenschutzgesetze zu beachten, aber mehr nicht. Das bisherige »Safe Harbor«-Abkommen, mit dem sich US-Konzerne verpflichten, bei der Speicherung und Verarbeitung von Daten europäischer Bürger in den USA europäische Gesetze zu beachten, würde damit hinfällig. Es funktioniert in der Praxis sowieso nicht, aber noch könnte die EU den Datenfluss unterbinden, wenn sie diese Tatsache endlich ernst nehmen würde und daraus Konsequenzen ziehen würde. Bisher ist die Kommission nicht bereit, diese amerikanischen Vorstellungen (die die USA auch bei den TISA-Verhandlungen massiv vertreten) zu akzeptieren – auch wenn die Amerikaner genüsslich darauf verweisen, dass die Kommission unter der Gucht im Freihandelsabkommen EU-Südkorea den widerstrebenden Koreanern genau solche Klauseln aufgezwungen hat. Auch bei dieser explosiven Frage wird bisher gar nicht ernsthaft verhandelt, sondern die Amerikaner wiederholen ritualhaft ihre Forderung und die EU lehnt sie ebenso ritualhaft höflich ab, indem sie um weitere »Erklärungen« bittet.

Ein dickes Brett ist auch die »regulatorische Kooperation«. Bisher gibt es zwei Textvorschläge, die aber noch nicht in einen konsolidierten Klammer-Text überführt wurden. Vor allem die EU drängt auf einen raschen Fortschritt und einen solchen konsolidierten Text, während die US-Seite es eher langsamer angehen lässt und sich kaum bewegt. Die US-Seite besteht vor allem darauf, dass die EU die »notice and comment«-Verfahren der USA einführt. Diese seit der Deregulierungswelle unter der Reagan-Administration in den USA umfassend eingeführten Verfahren können hier nicht im Detail erklärt werden, bedeuten aber eine umfassende Möglichkeit betroffener Wirtschaftsbranchen, ungeliebte Regulierungspläne gründlich zu behindern und zu verzögern.

Während die US-Seite in EU-Regulierungspläne frühzeitig (vor dem Europaparlament) eingebunden werden möchte, und auch für US-Industrielobbys (pardon, die heißen heutzutage »Stakeholder«) diese Einflussmöglichkeiten schaffen möchte, lehnt sie das umgekehrt für den US-Kongress kategorisch ab. Der Kongress mache was er wolle, darauf habe die Administration verfassungsmässig wenig Einfluss – beim EP sei das ja bekanntlich anders. Während die US-Seite in dieser Frage natürlich absolut recht hat – der Kongress ist ein vollwertiges und von der Administration völlig unabhängiges Parlament, und das Europaparlament ist genau das eben nicht – ist das natürlich für die europäischen Verhandler eine unbefriedigende Situation. So etwas Ähnliches wie diesen US-Vorschlag hatte auch die Kommission bereits 2013 in einem Positionspapier aufgeschrieben, das zu ihrem Ärger öffentlich wurde. Man wollte ein »Frühwarnsystem« über geplante neue Regulierungen. Daran denken die USA aber nicht ernsthaft. Allerdings dachte die Kommission natürlich, dass man sich solche umfangreichen Einflussrechte gegenseitig einräumt und nicht nur einseitig. Nun ist die Lage schwierig: Man kann dem EP kaum einen Vertrag präsentieren, in dem das EP seine minderwertige Rolle auch noch völkerrechtlich gegenüber den USA festschreiben soll.

Bisher ging die EU auf diese US-Wünsche nicht im Detail ein, erklärte aber bei der 10.Verhandlungsrunde das neue »Better Regulation«-Paket der Kommission. Auch dieses Paket ist von der neoliberalen Ideologie geprägt, Regulierung möglichst zu erschweren und zu behindern, wenn sie von Wirtschaftslobbies nicht gewünscht wird. Nach wie gestalten sich die Verhandlungen über eine Kooperation der Regulierungsbehörden als sehr zäh.

Man kann dazu eigentlich nur noch sarkastisch anmerken: Deregulieren können USA und EU-Kommission eigentlich auch alleine, das müssen sie nicht gemeinsam tun...im Gegenteil: wenn sie es gemeinsam vorhaben, streiten sie sich darüber, wie sie es machen wollen und dann dauert es länger. Ausserhalb von TTIP können sie es zudem viel geräuschloser, weil es der Öffentlichkeit und den Parlamenten dann nicht so auffällt, was da gespielt wird.

Einen ernsthaften Kritikpunkt haben die USA bereits bei der 9.Verhandlungsrunde angemerkt: sie seien enttäuscht, dass der EU-Textvorschlag zu »Good Regulatory Practice« ja nur die EU-Ebene umfasse und die Ebene der Mitgliedsstaaten gar nicht abgedeckt sei. Zudem sind die USA besorgt, dass der EU-Vorschlag auch die Kongressabgeordneten und die US-Bundesstaaten betreffen könne, das gehe auf keinen Fall. Die Kommission versicherte daraufhin treuherzig, das sei natürlich nicht beabsichtigt.

Wie dem auch sei, nach baldiger Einigung sieht es nicht aus: »Discussions took place in a constructive mood and covered a greater level of detail than in previous rounds - though the fact remains that the two texts have little overlap and are quite different in scope - in light of the objectives pursued. It is also apparent that there are different visions as to the institutional framework that would apply to the regulatory cooperation chapter and specific or sectoral provisions.« Soweit die Einschätzung der Kommission, die aus gutem Grund trotz aller selbsterklärter »Transparenzoffensiven« natürlich nicht veröffentlicht wird.

Auch bei den »conformity assessments« klemmt es massiv. Wer bestätigt, dass irgendwelche Produkte Zulassungsanforderungen erfüllen? Staatliche Behörden, staatlich zugelassene Prüfinstanzen wie z.B. der TÜV, oder andere? Die amerikanische und europäische Herangehensweise ist mal wieder sehr unterschiedlich. Für die Kommission ist die öffentliche Beaufsichtigung staatlich zugelassener Prüfinstanzen in den USA ungenügend, und daher der US-Vorschlag für die gegenseitige Anerkennung schlicht »unakzeptabel«.

Die Regulatorische Kooperation stockt auch in den einzelnen Themenfeldern. Beim SPD-Lieblingsthema Auto-Sicherheitstests scheinen die Diskussionen nicht recht vom Fleck zu kommen: man tauscht bisher nur die gegenseitigen Positionen aus und erklärt sie der anderen Seite ausführlich, die EU hat mittlerweile schon ihre dritte „Fallstudie“ vorgelegt. Aber von Verhandlungen im eigentlichen Sinne ist noch nichts zu sehen. Genau das tut man auch schon in diversen anderen Gremien wie der UNECE (UN Economic Commission for Europe) seit vielen Jahren. Es kann eigentlich wenig verwundern, dass dieselben Regierungen in all diesen Gremien auch dieselben Positionen vertreten. Auch in dieser Frage glänzen vor allem die USA durch eine ausgesprochene Unbeweglichkeit.

Dasselbe gilt übrigens auch für die regulatorische Kooperation in den Bereichen Maschinenbau sowie Medizintechnik und Pharma. Beim Maschinenbau wartet die EU mit zunehmender Ungeduld auf US-Reaktionen auf EU-Papiere, die letztes Jahr in die Verhandlungen eingebracht wurden – die US-Seite kann noch nicht einmal sagen, wann sie reagieren wird, geschweige denn was sie eigentlich von den Vorschlägen hält. Auch um die heikle Frage Pharma-Generika kreisen die Verhandlungen bisher noch wie die Katze um den heißen Brei...es gibt inzwischen eine gemeinsame Position der Generika-Industrie aus den USA und der EU. Dazu stellt die Kommission in ihrem Bericht über die 9.Verhandlungsrunde fest: »While it was premature to express views on the content of the submission, both Parties indicated that they would analyse the matter in detail.«

Bei den Kosmetika hat man »grosse systematische Schwierigkeiten« (einschliesslich der Frage, dass manche Produkte wie z.B. Sonnenmilch in den USA als rezeptfreie Arzneimittel gelten und in Europa als Kosmetikprodukt) und festgestellt, und noch keinen wirklichen Weg gefunden, wie man diese lösen will. Die Ebenen der »technical exchanges«, die derzeit stattfinden, können solche grundlegenden Probleme natürlich nicht lösen, sondern sie höchstens besser beschreiben und vielleicht aufzeigen, innerhalb welcher Grenzen »regulatorische Kooperation« überhaupt möglich ist, solange es diese fundamentalen Differenzen gibt. Auch nach der 9. Verhandlungsrunde bleibt es einstweilen dabei, diese exchanges fortzusetzen, »um die jeweils andere Seite besser zu verstehen«, so die Kommission. Das kann sicherlich nicht schaden.

Für Sonnenschutzmittel hat die EU ein Pilotprojekt vorgeschlagen, wie man gemeinsame Sicherheitseinschätzungen machen könnte. Die USA verwiesen darauf, dass sie doch erst kürzlich ein neues Gesetz über Sonnenschutzmittel verabschiedet hätten. In dessen Rahmen werden demnächst von der Food and Drug Administration Leitlinien für die technische Ausführung erarbeitet. Die FDA habe zwar durchaus das Recht, mit der EU vorher darüber zu konsultieren, sie wolle das aber nicht. Es sei doch ausreichend, wenn sich die EU wie alle anderen »Stakeholder« auch in den ohnehin geplanten Konsultationsprozess der FDA einbringe. Da waren die europäischen Verhandler doch etwas düpiert. Selbst bei so banalen Fragen wie den Benennungen in Zutatenlisten (z.B. »water« in USA und »aqua« in der EU) schätzt die Kommission die Chancen auf Einigungen als »schwierig« ein.

Bei der 9.Verhandlungsrunde machten die Delegationen eine interessante Entdeckung. »Both sides noted that the issue of harmonization of labelling requirements is not a top priority of the EU and US cosmetics industry any longer. Practical solutions (such as labelling meeting both requirements) have been implemented by the industry.« Oh, die Industrie braucht eigentlich gar kein TTIP? Wenn man so etwas liest, kommt einem unwillkürlich wieder mal der Gedanke: TTIP ist die Antwort – aber was war eigentlich die Frage?

Die Kommission möchte in diesem Kapitel auch eine Passage haben, dass **Tierversuche** bei Kosmetika-Tests weitestgehend vermieden werden sollten – bisher nehmen die USA das Anliegen nur zur Kenntnis, äussern sich aber nicht dazu, abgesehen von einem Hinweis, dass die Food and Drug Administration (FDA) auf ihrer Website Hersteller über Möglichkeiten informiert, auf Tierversuche zu verzichten. Immerhin, man bemüht sich.

Bei **Chemikalien** hat die Kommission schon recht bald ernüchert feststellen müssen, dass die Zulassungs- und Regulierungsverfahren auf beiden Seiten derart unterschiedlich sind, dass es wohl zu keiner regulatorischen Kooperation oder gar Harmonisierung kommen werde. »Current EU and US regulations on chemicals differ significantly so neither harmonisation nor mutual recognition is feasible« erklärt sie in einem öffentlichen Positionspapier vom Februar 2015. Die Diskussionen kreisen daher um allerlei recht technische Verfahren und man hat einige Pilotprojekte vereinbart, bei denen regulatorische Kooperation im Chemikalienbereich ausprobiert werden soll. Der EU geht es vor allem um „Frühwarnsysteme“. Dazu hat sie schon zwei sogenannte „non-papers“ vorgelegt, und langsam wird die Kommission ungeduldig, weil die US-Seite darauf einfach nicht reagiert. Ausser einigen »very general questions« bei der 9.Runde kam von den

USA bisher nicht viel. Die amerikanischen Verhandler sagen, sie müssten erst klären, ob sie für eine Antwort genügend politischen Rückhalt in Washington haben, und das könne leider dauern. Auf Drängen der Europäer erklärten sich die US-Verhandler immerhin bereit, mit einer Antwort auf die EU-Papiere nicht erst bis zu einem Ende der Pilotprojekte abzuwarten und deuteten an, vielleicht so ungefähr im Juli eine offizielle Stellungnahme dazu zu machen und ausserdem demnächst eine erste Analyse aus ihrer Sicht über die Unterschiede in der Chemikalien-Regulierung beider Seiten vorzulegen...nicht wirklich ein rasantes Verhandlungstempo.

Bei der 9.Runde im April wurden schon mal erste Auswertungen der Pilotprojekte diskutiert. Die EU erbat von der US-Seite die Zustimmung, angesichts des hohen öffentlichen Interesses die Substanzen veröffentlichen zu dürfen, um die es bei den Pilotprojekten geht, was die USA einstweilen ablehnten. Auch bei der regulatorischen Kooperation zu **Pestiziden** stehen die USA auf der Bremse. Die EU übernimmt die zulässigen Höchstwerte aus dem internationalen Codex Alimentarius-Regelwerk automatisch, die USA nicht. Die EU möchte, dass die USA das auch tun. Aber das will die US-Seite nicht, denn das würde bedeuten: man müsste US-Gesetze ändern, und das will man nicht. Die US-Seite meint, es gebe überhaupt keine Handelsprobleme wegen dieses unterschiedlichen Regulationsstandes zwischen EU und USA. Also müsse man eigentlich auch in TTIP nichts dazu regeln. Bei der 9.Runde einigte man sich darauf, einstweilen mal »methodological issues at technical level« zu diskutieren.

Komplett umstritten ist die regulatorische Kooperation weiterhin bei den **Finanzmärkten** und Finanzdienstleistungen. Die USA lehnen dies nach wie vor kategorisch ab und weigern sich darüber zu verhandeln – sehr zum Ärger der EU. Die Kommission hat mittlerweile schon Lobby-Delegationen zum US-Finanzministerium geschickt, weil der US-Handelsbeauftragte an dessen Votum gebunden ist, aber sie kam damit auch nicht weiter.

Auch bei den Informations- und Kommunikationstechnologien scheint regulatorische Kooperation nicht so einfach zu sein. Bei der 9.Verhandlungsrunde gaben die USA endlich eine Rückmeldung über die längst eingereichten EU-Vorschläge, und zwar folgendermassen: die EU-Vorschläge »had raised little interest among U.S. stakeholders«. Wenn nicht mal die Wirtschaft wirklich Lust auf regulatorische Kooperation hat...dann wird das mit der Brüsseler Kopfgeburt namens TTIP wohl nichts.

Kaum Bewegung gibt es auch bei den Arbeits- und Sozialstandards. In den USA ist die Vorstellung, die restlichen 6 ILO-Kernarbeitsnormen zu ratifizieren, politisch nicht durchsetzbar. Die EU hat das längst anerkannt und fordert das auch nicht. Stattdessen hat sich die Diskussion auf andere, weichere Instrumente verlagert, genannt werden die Decent Work Agenda oder Corporate Social Responsibility, die kaum mehr als Alibicharakter haben. Ähnlich sieht es im beiderseits gewünschten Kapitel zu »nachhaltiger Entwicklung« aus. Schon die Tatsache, dass man das in ein separates Kapitel abschiebt statt das ganze Abkommen als ein Abkommen für nachhaltigere Entwicklung zu sehen, spricht Bände und zeugt von kompletter Ignoranz gegenüber dem Konzept der »nachhaltigen Entwicklung«, das in Rio 1992 noch diskutiert wurde. Was man dort subsumieren will, sind dann solche netten Dinge wie gemeinsamer Kampf gegen illegales Holzfällen, illegale Fischerei, illegaler Wildtierhandel. Sicherlich wichtig, aber dafür braucht man natürlich kein TTIP. Auf die Idee, von den USA den Beitritt zur Konvention über Biologische Vielfalt oder anderer UN-Umweltabkommen zu verlangen, kam die EU auch nicht, weil sie weiss, dass sie damit auf Granit beißen würde. Im Grunde muss man fast schon froh sein, dass bisher der Gedanke nicht aufkam, sich in der internationalen Umweltpolitik gegenseitig abzustimmen, denn dann könnte die EU ihre selbstverkündete Umwelt-Vorreiterrolle künftig ganz vergessen. Auch bei diesem Kapitel scheint es zu klemmen: bei der vor der 10.Verhandlungsrunde einigte man sich, darüber einstweilen nicht mehr zu sprechen.

Unverändert sind die Positionen auch im Energiebereich. Die EU will ein Energiekapitel und damit die US-Exportrestriktionen für fossile Energien, v.a. Flüssiggas und Rohöl, überwinden – und genau das lehnt die USA bisher ab. Das Weisse Haus steht in dieser Frage auch unter erheblichem Druck der US-Industrie, die solche Exporte nicht wollen, weil sie fürchten, dass die durch das Überangebot bedingten niedrigen US-Energiepreise durch eine solche verstärkte Nachfrage steigen könnten und so einen aus ihrer Sicht

wichtigen US-Standortvorteil gefährden könnten. Als Ablenkungsmanöver haben die USA bei der 8. Verhandlungsrunde betont, wie wichtig es sei, in Sachen Atomkraft verstärkt zu kooperieren. Die EU hat sich darüber etwas gewundert, weil das bekanntlich Sache von Euratom sei, und Euratom habe doch schon ein Kooperationsabkommen mit den USA. Aber man sei natürlich offen für Anregungen. Die Energie-Verhandler vertrieben sich ihre Zeit ausserdem mit Informationsaustausch über Energieeffizienzstandards und erneuerbare Energien, ohne konkrete Ergebnisse. Bei der 9. Runde ergänzten die USA dann, über Kooperation bei »clean coal technologies« könnte man ja auch noch reden. Wirklich weiter kam man damit auch nicht. Ergebnis der 9. Runde: »it was agreed to intensify work«. Allerdings gab es nicht nur solches Blabla – man begann man bei der 9. Runde auch Diskussionen über regulatorische Kooperation bei der Genehmigungspraxis für die Exploration und Förderung von Kohlenwasserstoffen, sprich Erdöl und Erdgas. Da kommt dann wohl Fracking ins Spiel. Wie diese Diskussionen wohl aussahen? Ich weiss es leider nicht.

Geistige Eigentumsrechte und Patentrecht: auch in diesem Bereich gibt es nach wie vor erhebliche Diskrepanzen. Einig scheint man sich allerdings, wie bei CETA eine Klausel im TTIP zu verankern, in internationalen Verhandlungsforen (also WTO, WIPO, UPOV u.a.) in diesen Fragen zusammenzuarbeiten – allerdings geht das wohl erst, wenn man auch eine gemeinsame Linie hat. Die von der EU vorgelegten beiden Papiere stossen jedenfalls auf grundsätzliche Zustimmung der US-Seite; bei der 9. Verhandlungsrunde wurde über technische Fragen des Patentrechts und von geistigen Eigentumsrechten an Pflanzensorten diskutiert. Die EU forderte die USA vergeblich auf, doch auch mal Papiere vorzulegen: die USA erklärten, sie würden lieber mündlich darüber diskutieren, und wenn die EU unbedingt nachlesen wolle, was die USA später vielleicht vorschlagen könnten, dann sollten sie doch in den Patent-Kapiteln anderer US-Freihandelsabkommen nachsehen, z.B. dem USA-Korea-Abkommen, das werde dann so ähnlich aussehen. Eigenartige Verhandlungsmethoden, muss man schon sagen.

Ein Streitthema könnte noch das Nagoya-Protokoll der UN-Konvention über Biologische Vielfalt werden, das die EU derzeit zu ratifizieren gedenkt und bei dem die USA nicht Vertragspartei sind. Dieses Protokoll regelt die Nutzung biologischer Ressourcen aus Entwicklungsländern, und Ausgleichszahlungen für diese Nutzung – eine Vorstellung, die die USA ablehnen. Die EU schlug vor, zu dieser Frage eine Kontaktstelle einzurichten. Hier stehen offenbar mal wieder globale Standards gegen US-Positionen – mal sehen, wofür sich die EU am Ende entscheidet.

Ein Stolperstein sind die Geografischen Herkunftsangaben – ein europäisches Thema, mit dem die EU so gut wie dem gesamten Rest der Welt in allen Handelsverhandlungen auf die Nerven geht. Warum ein Fetakäse unbedingt aus Griechenland kommen muss oder ein Parmaschinken unbedingt aus Parma, oder warum Bayerisches Bier aus Bayern kommen muss – das ist dem Rest der Welt kaum erklärbar. Schliesslich muss ein Hamburger ja auch nicht aus Hamburg kommen, Wiener Würste nicht aus Wien, und wenn Schinken aus ganz Europa nach Parma gefahren wird nur um hinterher Parmaschinken zu heissen, kann man das ganze Konzept durchaus auch hinterfragen. Aber die Kommission muss aufpassen, dass TTIP nicht exklusiv den exportstarken nordwesteuropäischen Ländern nützt, irgendwelche Bonbons muss man den weniger wettbewerbsfähigen Südeuropäern auch noch anbieten, damit sie bei der Stange bleiben. Die Kommission steht damit aber nicht nur im Konflikt mit den USA, sondern auch mit der Bundesregierung. BMEL-Vertreter sagen offen, all die überzogenen Vorstellungen der Südeuropäer über Geografische Herkunftsangaben müsste die deutsche Industrie letztlich bezahlen, weil es diese Zugeständnisse von den USA nicht umsonst gebe. Was interessieren uns schon die Griechen mit ihrem Feta-Käse...diese Devise gilt offenbar nicht nur im Finanzministerium. Das von den USA propagierte Konzept der »distinct products« muss die Kommission aber ablehnen, da ist der Europäische Rat stur. Und so bewegt sich in den TTIP-Verhandlungen in dieser Frage gar nichts – die US-Seite weigert sich hartnäckig, die vorgelegten EU-Papiere detailliert zu diskutieren und legt auch selber keine vor, sondern bleibt dabei, allgemeine Ausführungen vorzutragen, während die Kommission offenbar immer noch zu glauben scheint, man könne sich in dieser Frage so ähnlich durchsetzen wie gegenüber Kanada bei CETA.

Bei der 9. Runde beschwerten sich die USA heftig über die von der EU vorgeschlagene Änderung des Lissaboner Abkommens zum Schutz von Herkunftsbezeichnungen. Wenn die USA dabei nicht gleichberechtigt mitverhandeln können, habe das negative Auswirkungen auf die TTIP-Verhandlungen. Die

EU nahm das zur Kenntnis, lehnte aber jede Verquickung dieser beiden Verhandlungsstränge ab. Auch bei der 10.Runde kam man keinen Millimeter weiter.

Für den Agrarbereich sind die sanitären und phytosanitären Standards (SPS) von entscheidender Bedeutung. Hier verhandelt die Kommission unter Beteiligung der Mitgliedsstaaten, die zu diesem TOP hinzugezogen werden. Die US-Seite versichert der EU, es gehe überhaupt nicht darum, Lebensmittelstandards abzusenken, oder das Recht jeder Vertragspartei einzuschränken, »science-based regulations« zu beschliessen. Da fängt das Problem schon an: die Amerikaner halten wesentliche Teile der europäischen Lebensmittelstandards (Gentechnik, Hormonfleisch, Klonfleisch usw.) für nicht »science-based« und damit für unzulässig. Tierschutz ist z.B. nach Auffassung der US-Verhandler eine »moralische Frage« und sei nicht »science-based«. Solche Fragen sollen ihrer Auffassung nach in einem SPS-Ausschuss gelöst werden...falls man dort keine Einigkeit erziele, müsse eben der Streitschlichtungsmechanismus bemüht werden. Bisher waren dafür demokratisch gewählte Gremien zuständig, die aber leider oft nicht »science-based« entscheiden. Bei der 8.Verhandlungsrunde präsentierten die USA ihren neuen Textvorschlag in Form eines an die Wand gebeamten Textes. Ausgeteilt wurde er nicht...die EU hatte daher viele Fragen und bat darum, diesen Text doch bei Gelegenheit auch mal in den gesicherten Leseräumen einsehen zu dürfen. Ziemlich eigenartige Verhandlungsformen, muss man schon sagen.

Bei der 9.Runde im April wurden die USA dann konkreter: bei den europäischen SPS-Regeln für Fleisch müsse sich die EU bewegen, das sei die Bedingung dafür dass die USA in diesem Bereich überhaupt ernsthaft anfangen zu verhandeln. Auch die neuen EU-Pläne für die Möglichkeit für Mitgliedsstaaten, gentechnische Pflanzensorten auf der Ebene der EU-Mitgliedsstaaten zu verbieten, lösten heftige Proteste der USA aus. In einer Freihandelszone gehe so etwas nicht. Bei der Lektüre der US-Vorschläge zu Pflanzensorten-Zulassung und Gentechnik kann man sich beim besten Willen nicht des Eindrucks erwehren, dass die US-Regierung 100% im Interesse von Monsanto agiert. Einhundert Prozent, ohne Abstriche.

Gerne wird von der TTIP-Lobby in der Öffentlichkeit argumentiert, TTIP nützte vor allem dem Mittelstand, weil die Grosskonzerne auch ohne TTIP exportfähig seien. Daher will vor allem die EU gerne ein Mittelstandskapitel im TTIP aufnehmen. Schaut man sich aber an, worüber bei diesem Kapitel gesprochen wird, stellt man ernüchtert fest: es geht dabei bisher im wesentlichen darum, Markt-Informationen für Mittelständler besser aufzubereiten (als ob man das nicht auch ohne TTIP könnte). Nicht einmal über solche Massnahmen können sich Kommission und USA leicht einigen: die Frage über welche Art von Webseiten die Mittelständler besser informiert werden sollen, blieb auch nach der 9.Runde weiter strittig. Die EU will die USA bisher erfolglos darauf festnageln, selbst eine Informationsdatenbank für europäische Mittelständler zu erstellen. Zweites Gesprächsthema ist, mehr »outreach activities« für die Zielgruppe Mittelständler zu veranstalten. Auf gut deutsch: mehr PR-Aktivitäten, damit die zweifelnden Mittelständler endlich zu TTIP-Fans werden.

Streitschlichtung: Die Verhandlungen über das besonders umstrittene Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) ruhen nach wie vor, weil die Kommission ihre öffentliche Konsultation offiziell immer noch auswertet. Angeblich bestehen die USA darauf, ISDS aufzunehmen und lehnen TTIP ohne ISDS ab. Die allfälligen ISDS-»Reformvorschläge« von Sigmar Gabriel, den sozialdemokratischen Wirtschaftsministern der EU und mittlerweile sogar der liberalen Handelskommissarin Malmström lehnen die USA bisher stur ab...sie ignorieren die Tatsache offenbar, dass ISDS in der europäischen öffentlichen Meinung längst der grösste Stolperstein für TTIP noch vor dem Chlorhühnchen geworden ist. Dabei wollen doch sowohl die Kommission als auch nahezu alle Wirtschaftsministerien der EU ISDS im Prinzip retten...warum können die Amerikaner das nicht mit ein bisschen mehr Beweglichkeit honorieren? Was das ebenfalls und parallel geplante Staat-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (SSDS) angeht, hat man es immerhin schon zu einem gemeinsamen Verhandlungstext voller Klammern gebracht. An Meinungsverschiedenheiten über SSDS dürfte das Abkommen sicherlich nicht scheitern.

Fazit: Hinter den Kulissen der Verhandlungen gibt es jede Menge Streitfragen, bei denen die Positionen der EU und der USA weit voneinander entfernt sind und sich kaum bewegen. Dabei geht es keineswegs nur um die in der Öffentlichkeit besonders umstrittenen Fragen. Versuche, sich anzunähern, setzen vor allem auf

US-Seite eine erhöhte Kompromissbereitschaft voraus. Die EU-Kommission wird von ihren den europäischen politischen Entscheidungsträgern immer stärker unter Druck gesetzt, angesichts des wachsenden öffentlichen Widerstands endlich Ergebnisse zu präsentieren – was die Amerikaner genüsslich ausnutzen, durch Unbeweglichkeit die EU-Kommission zu mehr Konzessionen zu zwingen, damit es vorwärts geht. Beobachter können sich immer weniger des Eindrucks erwehren, dass TTIP eine Brüsseler Kopfgeburt ist, die selbst in weiten Teilen der Wirtschaft niemand wirklich braucht. Ein Scheitern des Projekts würde in Washington wohl niemandem wirklich auffallen, aber in Brüssel, Berlin und einigen anderen europäischen Hauptstädten für eine ganze Reihe von Politikern eine peinliche Niederlage bedeuten. Auch die gesamte undemokratische Geheimniskrämerei der Handelspolitik entwickelt sich immer mehr zu einem ausgeprägten Hindernis für ihre Protagonisten – nicht nur dass sie das öffentliche Misstrauen massiv schürt, sondern mittlerweile lässt die Kommission selbst die Mitgliedsstaaten an immer weniger Informationen. Ein Scheitern von TTIP würde unweigerlich auch eine längst überfällige Grundsatzdiskussion über die demokratische Kontrolle der Handelspolitik nach sich ziehen.